

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Einzelnummer 100.— M. Durchsicht 600.— M. pro Woche Durchsicht 900.— M. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages nach 260.— M. an die Produktiv-Gesellschaft. Abbestellungspreis: 10 M. u. abwärts. — Postadresse: Nr. 31058. — Fernsprech-Anschluss: Ring 8637.

Mittwoch, 7. März 1923.

Angelagente: Die 8 gefalteten Millimeterzettel über deren Raum 60.— M. für Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Verlobungs- und Verheirathungsanzeigen 10.— M. Kleine Anzeigen pro Wort 3.— M. je Zeile 100.— M. für die 2. Seite. Die Millimeterzettel 8 gefalteten über deren Raum im Preis 100.— M.

Einen Schritt vorwärts!

Der Landestag der KPD. Sachsens nimmt einen Antrag an, der die neuen Forderungen der Kommunisten als eine geeignete Verhandlungsgrundlage erklärt und die Teilnahme der Kommunisten an einer Arbeiterregierung fordert.

Breslau, den 6. März.

Th. A. Am 30. Januar sprach die kommunistische Fraktion des sächsischen Landtages infolge der durch die Wipinski nicht verbotenen Willeversammlung der Regierung das Mißtrauen aus und die bürgerlichen Parteien nützten die Gelegenheit, die sozialdemokratische Regierung zu stürzen, die ihnen nicht reaktionär genug war.

Seit diesem Tag entbrannte in Sachsen der Kampf um die Bildung einer Arbeiterregierung aufs neue. Die KPD-Führer schielten immer wieder zu den Demokraten hinüber. Unter dem Druck der KPD-Arbeiter mußten sie ihren Kurs ändern. Sie legten unseren Genossen ihr Regierungsprogramm vor, das unsere Genossen für ungeeignet fanden. Unsere Genossen warteten mit einem eigenen Programm auf und veröffentlichten außerdem einen offenen Brief an die KPD-Arbeiter, in dem sie u. a. sagten:

Die KPD hat aus den Erfahrungen der letzten Jahre die feste Überzeugung gewonnen, daß die sozialdemokratische Regierung nicht instand ist, eine energische proletarische Klassenpolitik gegenüber der Bourgeoisie durchzuführen. Das sozialdemokratische Ministerium ist von den arbeitenden Massen durch die Mauer der bürgerlichen Bürokratie getrennt. Die Verbindung mit den Massen kann nur hergestellt werden durch eine radikale Reinigung der Verwaltung und durch die unmittelbare Zusammenarbeit der Regierung mit den gegenwärtig bestehenden Klassenorganen der Massen, mit den Betriebsräten. Diese außerparlamentarischen Stützpunkte der Regierung erst jene politische Plattform, die sie braucht um den Kampf gegen die Sabotage der Bürokratie und den Widerstand des Unternehmertums mit Erfolg führen zu können.

In dem proletarischen Arbeitsprogramm für die Landesarbeiter-Regierung in Sachsen stellen unsere Genossen u. a. nachstehende Forderungen auf:

- Endgültige, entschädigungslose Beschlagnahme des gesamten Vermögens des ehemaligen königlichen Hauses.
- Bildung von Arbeiterwehren, deren Ausbildung und Bewaffnung durch Organ der Arbeiterregierung unter Kontrolle der Betriebsräte.
- Verbot jeder monarchistischen Propaganda.
- Auflösung aller reaktionären Verbände.
- Entzerrung aller Beamten aus Justiz, Polizei und Verwaltung und deren Erziehung durch sozialistische Beamte.
- Bildung einer sächsischen Kammer beim Staatsgerichtshof, deren Richter von den Betriebsräten ernannt werden sollen.
- Amnestie für alle politischen sowie aus Not begangenen Verbrechen und Vergehen.
- Kontrolle der Regierung durch die Betriebsräte.
- Keine Arbeiterentlassungen, sondern Kürzung der Arbeitszeit unter Weiterzahlung des vollen Lohns.
- Unterstützung der Arbeitslosen in voller Lohnhöhe.
- Zwangsleihe und Belieferung der erwerbslosen Sozialrentner usw. mit billigen Lebensmitteln und Kleidung.
- Beschlagnahme der Wohnungen, Bildung von Wuchergesellschaften und Wahl dieser Richter durch die Gewerkschaften.
- Förderung aller Bestrebungen zur Bildung einer Arbeiterregierung im Reich.

In unzähligen Betrieben haben die Arbeiter Sachsens (auch die noch in der KPD organisierten) sich für die Parolen der KPD ausgesprochen. Unter diesem Druck erklärten die KPD- und KPDW-Führer sich bereit, gemeinsam mit den Vertretern der KPD einen Betriebsrätekonferenz einzuberufen in dem beide Richtungen volle Agitationsfreiheit haben sollen.

Am 4. März, also am Sonntag, fand der Landestag der KPD Sachsens statt, der zu den Vorschlägen der KPD Sachsens Stellung nehmen sollte.

Ueber das Ergebnis berichtet die „Schlesische Ztg.“ Nr. 108 vom Dienstag, den 6. März ganz verdächtig:

Die Landesversammlung der KPD Sachsens hat die Koalition mit den Demokraten abgelehnt und einen Antrag angenommen, der die neuen Vorschläge der Kommunisten als eine geeignete Verhandlungsgrundlage erklärt und die Teilnahme der Kommunisten an der Regierung fordert.

Zu dem Ergebnis dieser Landesversammlung schreibt die „Kote Fahne“:

Die sächsischen Arbeiter haben gezeigt, daß der Druck von unten den Widerstand der bürgerlichen Instanzen überwinden kann. Die Sendlinge des Parteivorstandes der KPD, die den sächsischen Parteitag die Koalition mit der Bourgeoisie diktieren wollten, wurden mit Entrüstung abgewiesen. Noch unter dem Druck der Arbeitermassen, die sächsischen Parteitag delegierten nicht zu einer klaren, konsequenten Stellungnahme für eine Arbeiterregierung auf der Grundlage der Betriebsräte-Gewerkschaften zwingen können. Doch mit der Ablehnung der Koalition ist der erste Schritt nach vorwärts gemacht.

Auch in Schlesien müssen die KPD-Arbeiter ihre Führer zwingen, ein für allemal die Koalitions- und Arbeitergemeinschaftspolitik aufzugeben und einen Schritt nach vorwärts zu machen. Auf die Unterstützung von seiten der

Kommunisten können sie in dieser Beziehung jederzeit rechnen. Wird der Druck der Arbeiterschaft in allen Teilen Deutschlands sich verschärfen, dann ist die Arbeiterregierung für das ganze Reich in unmittelbare Nähe gerückt.

Vor Krieg, Hunger, Pestilenz und einer Arbeiterregierung bewahre uns, o Herr!

Im „Volksblatt“ (oberfäl. KPD-Organ), vom Dienstag, den 6. März, lesen wir in einem „Kapitulation“ überschriebenen Artikel:

Da ich persönlich genannt werde, darf ich zunächst wohl auch persönlich antworten. Herr Held würde mich zu Sant verpflichtet, wenn er mir sagte, wann und wo ich den Wunsch ausgesprochen habe, daß ein anderes Kabinett als das Kabinett Cuno den Ruhestoff zu Ende führen solle. Aber er wird nicht in das Lage sein, meine Bitte zu erfüllen, denn ich habe im Gegenteil bei jeder bietenden Gelegenheit betont, daß ich es für durchaus falsch halten würde, irgend etwas gegen die gegenwärtige Regierung zu unternehmen. Nichts sei verfehlter, als zu glauben, daß ein anderes Ministerium größere Aussichten habe, Deutschland aus der schwierigen Lage, in die es durch den Einfall der Franzosen geraten ist, zu befreien.

Unsere Leser werden annehmen, daß irgend ein reaktionär diese Zeilen geschrieben hat. Weit gefehlt. Der diese Worte schrieb, ist ein führendes Mitglied der KPD, der „Außenpolitiker“ Rudi Breitscheid!

Der oberbayerische Geheimrat Held hatte nämlich gesagt:

Wenn im Norden Deutschlands sich die Dinge so entwickeln sollten, daß der bürgerlichen Regierung Cuno das Verbleiben unmöglich gemacht würde, wenn an die Stelle des jetzigen Kabinetts ein Kabinett nach den Wünschen des Herrn Breitscheid treten sollte, dann läme ein entscheidender Augenblick für die bayerische Politik.

Der künftige KPD-Außenminister Rudi hat also eine tadellose Verbeugung vor der bayerischen Reaktion gemacht und ruft ihr zu: „Ich, ich der Rudi Breitscheid will kämpfen gegen die Cuno-Regierung, gegen den Kapitalismus, ich wäre tatsächlich international und für eine Arbeiterregierung, ich der Rudi Breitscheid.“ Wie können sie mich so verlemen meine Damen und Herren?

So wie Breitscheid „denkt“ und handelt, „denkt“ und handelt die gesamte KPD-Bürokratie. Breitscheid gibt das offen zu, wenn er in demselben Artikel und im Anschluß an die vorher zitierten Sätze schreibt: „Und hier wußte und weiß ich mich eins mit der gesamten Sozialdemokratischen Partei. Es gibt in ihr kein irgendwie an verantwortlicher Stelle stehendes Mitglied, das einer Ministerkürzerlei das Wort redete oder gar eine sozialistisch orientierte Politik forderte.“ Ein schönes, offenes Bekenntnis dieser „Arbeitervertreter“!

Wir schlagen ihnen vor, daß sie sich an die Pfaffen wenden und sie auffordern, ihr „Stich-Gebet“ wie folgt zu modulieren: „Vor Hunger, Krieg, Pestilenz und einer Arbeiterregierung bewahre uns, o Herr!“ Die Pfaffen werden zu dieser Gegenleistung gern bereit sein — zumal doch in Reddinghausen dieser Tage der „Volksfreund“, die dortige KPD-Zeitung freiwillig ihr Erscheinen einstellte, als das letzte bürgerliche Organ, ein Zentrumblatt, von den Besatzungsbehörden verboten wurde.

Im Zeichen des Burgfriedens.

Der Arbeitgeberverband des Kreises Trebnitz (Schlesien) versendet an seine Mitglieder ein Rundschreiben, in welchem Geldmittel angefordert werden zur Anstellung eines Sekretärs für den christlichen Zentralverband der Landarbeiter. Der freigewerkschaftliche Deutsche Landarbeiterverband müsse zertrümmert werden.

Trotz alledem ruft der DVB, sowohl in Schlesien wie im übrigen Reich auf zur gemeinsamen Sammlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die „Ruhrhilfe“, trotz alledem nationale Einheitsfront!

Sowjetrußland liefert Brot für den Kampf der Ruhrarbeiter.

Solidaritätsbeweise der Roten Gewerkschaften. Der Wirtschaftsrat des allrussischen Gewerkschaftsbundes hat am 2. März beschlossen, den kämpfenden Ruhrarbeitern durch den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte 500 000 Pud Brot zu übersenden. Der Beschluß wurde am 4. März von der Exekutive des allrussischen Gewerkschaftsbundes bestätigt.

Diese Spende des russischen Proletariats gleicht 20 Millionen Pfund, d. h. ungefähr 10 Millionen Pud Brot.

Zur internationalen Frauenwoche.

Für die internationale Klassenolidarität — gegen die Auhrbefehlung gegen die Kriegsgefahr.

Von Lydia Keller.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Das ist der Kampf, mit dem sich das kommunistische Manifest, die erste und machtvollste Kundgebung des internationalen Sozialismus, an die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder wendet. Und dieser Kampf bedeutet, daß die Arbeiterschaft aller Länder eng miteinander verbunden ist, daß es für sie keine Grenzpfähle und keine nationalstiftende Feindschaft gibt, daß sie ihre ganze Kraft zu bündeln und zu kämpfen sammeln muß, um den gemeinsamen Feind, das internationale Kapital, zu schlagen, und daß sie das am besten kann, wenn die Proletarier und Proletarierinnen aller Länder in gemeinsamem Angriff, in brüderlicher Solidarität gegen die kapitalistische Zwangsbürgerschaft anstürmen. Trotzdem diese Erkenntnis aber seit mehr als 50 Jahren in die Köpfe des internationalen Proletariats gehämmert worden war, erlebten wir, wie die tausendfach beschworene internationale Klassenolidarität zusammenbrach, als im August 1914 die Kapitalisten und Militaristen aller Länder das furchtbare Morden begannen, das sie jahrzehntelange planmäßig vorbereitet hatten.

Gewiß! Es war uns darum möglich, die internationalen Arbeitermassen in den Krieg zu treiben, weil die, die zu ihren Führern berufen gewesen wären, sie schamlos verrieten, weil die deutschen Sozialdemokraten, Gewerkschaftsführer, Wilhelm und Ludendorff Helferdienste leisteten, weil sie sich zu dem Verrat des Burgfriedens mit dem Kapital hergaben, weil sie der Arbeiterschaft das Märchen vom dem „Verteidigungskrieg“ vorgaukelten, und weil ihre Gesinnungsgenossen im Ausland, die Henderson, Thomas, Renaudel und Jouhaux es ebenso trieben, wie die Legien und Scheidemann. Dennoch bleibt es beschämend, daß die große Masse der bereits damals politisch aktiven Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder sich verführen ließ und in vier Schreckensjahren einander Tod und Verderben brachte, statt vom ersten Tag an die Waffen umzukehren und sie gegen den Feind im eigenen Lande, gegen das arbeitermordende Kapital, zu richten.

Nun hat die Arbeiterschaft aller Länder einen furchtbaren Anschauungsunterricht genossen, nun weiß sie, was ein Krieg im Zeitalter der modernen Technik bedeutet und sie weiß auch, daß es einen „gerechten“ Krieg nicht gibt im Zeichen des Kapitalismus, sie weiß oder sie kann wenigstens wissen, daß das Massenmorden von 1914-19 von den Kapitalisten der einzelnen Länder heraufbeschworen war, daß es in diesem Krieg um die Verteilung der Rohstoffe und der Absatzmärkte, um den größten Anteil an der Beute, an dem Profit ging, den man aus den Knochen der Arbeiterschaft schmelzen konnte. Ist nun das internationale Proletariat das alleinige Opfer dieses Massenmordens wurde, das noch heute aus tausend und abertausend Wunden blutet, die der Krieg ihm geschlagen hat, das seit dem Ausbruch des Weltkrieges unaufhaltsam in seiner Lebenshaltung herabgedrückt wurde, ist nun das internationale Proletariat gefeit gegen eine Wiederholung des furchtbaren Schauspiels von 1914? Wenn man der bürgerlichen Presse Glauben schenken dürfte Inbezug auf das, was sie über die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets berichtet, so möchte man daran verzweifeln. Danach wäre im Ruhrgebiet die Einheitsfront hergestellt von Thyssen bis zum letzten Grubenarbeiter, und alle seien bereit, den Einbruch Poincares mit allen Mitteln, auch mit der Waffe in der Hand, abzuwehren. In Wirklichkeit liegen die Dinge im Ruhrgebiet doch wesentlich anders. Wohl leidet die Gesamtarbeiterschaft unter den wirtschaftlichen und politischen Folgen der Ruhrbesetzung, aber große Teile der Arbeiterschaft haben doch erkannt, daß ebenso wie Poincare der Geschäftsführer des französischen Kapitals ist, Cuno der Geschäftsführer des deutschen Kapitals ist, und daß das Liebeswerben der Cunoregierung um die Arbeiterschaft in der Stunde der Not sehr schlecht zu ihren Taten paßt zu der Zeit, als sie sich noch stark fühlte. Aufhebung des Achtstundentages, Verschärfung der Staatsbetriebe an Stämmen und die übrigen kapitalistischen Hyänen, Abwälzung der gesamten Steuern und Reparationslast auf die Schultern des Proletariats, das ist das Programm der Cunoregierung. Jetzt allerdings, wo ihr das Feuer auf den Nägeln brennt, hört man's anders. Jetzt spricht Herr Cuno von der „Zusammengehörigkeit des ganzen deutschen Volkes“, aber auch Wilhelm kannte einmal keine Parteien mehr. Die Blütenkone der Regierung und der Großindustrie in der Stunde der hoch in Not dürfen heute keinem Arbeiter mehr der

Bericht vom 6. Bezirksparteitag.

2. Verhandlungstag.

Die Verhandlungen des Parteitag wurden Sonntag, 9. Uhr, eröffnet. Es folgte Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht des Genossen Hamann-Dreslau über den Parteitag in Leipzig.

Die Meinungsverschiedenheiten in der Partei, die bereits seit dem Parteitag in Viena herüber, haben ihren Grund in dem Abblauen der revolutionären Welle. Das Kapital sei auf der ganzen Front zur Gegenoffensive übergegangen und habe seine Positionen ganz erheblich verbessert. Aus dieser Tatsache heraus habe die Partei Übergangsforderungen in ihr Programm aufgenommen. Die Differenzen in der Partei, die in Leipzig zum Austrag kamen, beruhen in der verschiedenen Auffassung der Anwendung der Einheitsfronttaktik, ebenso seien Meinungsverschiedenheiten über die Möglichkeiten und das Wesen einer Arbeiterregierung vorhanden. Während die Anhänger der Rechte der Ansicht sind, daß man auch mit den Führern der BSP verhandeln müsse, lehne die Linke diese Verhandlungen ab. Sie sei der Ansicht, daß die BSP-Führer nicht kämpfen wollen, sondern daß Verhandlungen mit ihnen immer nur zum Abbruch führen müssen. Wenn die BSP sich aber überhaupt in Verhandlungen mit der Partei einlasse, um gemeinsame Aktionen durchzuführen, so geschähe dies nur, um die Kämpfe zu sabotieren, und ihre Gestalt abzuschwächen. Es werde oft der Einwand erhoben, daß die BSP beim Rapp-Putsch gelämpft habe. Sie habe aber nur solange gelämpft, als die Mitglieder ihrer Führer in Gefahr waren, später, als die Gefahr gelichtet war, habe sie nicht nur den Kampf abgeblasen, sondern die weiterkämpfenden Arbeiter niederschlagen lassen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen polemisiert Genosse Hamann gegen Brandler und Stöcker. Schmidt hätte gelagt, daß eine Arbeiterregierung sich auch auf eine parlamentarische Mehrheit stützen könne. Er lehne eine solche Arbeiterregierung ab. Eine Arbeiterregierung, die sich dagegen auf die Betriebsräte stütze, würde sich seiner Ansicht nach nicht 14 Tage am Ruder halten können. Um die Arbeiterregierung zu schaffen, sei die Bewaffnung des Proletariats notwendig. Auch er sei der Ansicht, daß der Kampf nur mit den breiten Massen geführt werden könne. Es sei aber nicht nötig, daß wir uns an die Führer der BSP wenden, sondern wir sollen direkt an die Massen appellieren. Die Einheitsfront müsse gebildet werden und ihr Rückgrat haben in den Betrieben und Betriebsorganisationen. Redner weist auf die opportunistische Gefahr in der Tischhollomakei und in Nowogorod hin. Vor dieser Gefahr müsse die deutsche Partei bewahrt werden. In Oberschlesien, wo unsere Partei organisatorisch schwach sei, stehen die Massen trotzdem hinter der Partei und seien bereit, ihrem Rufe zu folgen. Wir sollen mehr Vertrauen zu unserer eigenen Kraft haben und aktiver sein. Die Massen werden uns folgen. (Beifall.)

Genosse Kante: Zur Geschäftsordnung. Da Gen. Hamann seinen Bericht über den Parteitag, sondern lediglich eine Polemik gegen die Parteitagmehrheit geführt hat, beantrage ich, dem Referat Hamanns ein Korreferat folgen zu lassen und dem Vertreter der Parteitagmehrheit, Genossen Delmer, eine halbe Stunde Redezeit zu gewähren.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte abgelehnt.

Genosse Delmer: Ich bedaure, daß der Parteitag durch Ablehnung des Geschäftsordnungsantrages, es mir als Teilnehmer am Parteitag und in der Minderheit gebliebenen Parteitagdelegierten der schließlichen Fraktion unmöglich gemacht hat, die Auffassung der Parteitagmehrheit hier zu vertreten. Hamann hat gegen Windmühlentügel gekämpft. Es besteht in der Partei keine opportunistische Gefahr. Wenn eine solche bestehen würde, so würde er, der immer auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung gestanden habe, sich am liebsten gegen dieselbe wenden. Genosse Delmer zitiert die Resolution des Leipziger Parteitages über die Arbeiterregierung, aus denen hervorgeht, daß dieselbe sich auf die Betriebsräte stützen müsse. Niemand denkt daran, daß die BSP mit den Sozialdemokraten eine Regierung bilden solle. Auch am dem Parteitag in Moskau habe volle Einmütigkeit in der Auffassung bestanden, daß der Kampf um die Arbeiterregierung der Beginn des Kampfes um die wirtschaftliche und politische Macht sei. Redner polemisiert heftig gegen die Linke, welche die Partei in ihrer Tätigkeit hemme.

Genosse Hamann hat sich selbst widersprochen. Er behauptete, die BSP als Partei nicht kämpfen zu können, aber im Rapp-Putsch gekämpft zu haben. Wenn wir mit den BSP-Führern verhandeln, stehen diese unter dem Druck der Massen. Selbst wenn die Führer die Kämpfe abbrechen wollen, werden die in Aktion befindlichen Massen es nicht zurückkommandieren lassen und unseren Forderungen folgen. Das habe sich auch beim Rapp-Putsch gezeigt, wo die Massen, trotz des Abblaus der Führer, mit uns weiter gekämpft haben.

Genosse Brandler: Die Delegierten haben die Antrag auf Ablehnung eines Korreferates nicht abgelehnt, weil sie mit Hamann einverstanden sind, sondern sie wollten den Arbeitern aus den Betrieben Gelegenheit geben, sich zu den angelegentlichsten Fragen zu äußern. Redner wendet sich gegen Hamann. Die Auffassung der Einheitsfronttaktik der Mehrheit ist richtig und muß nicht nur von den Spitzen in großem Maßstab, sondern auch in der Provinz in den kleinen Betrieben angewandt werden, und zwar sowohl in der Gemeinde als auch im Betriebe.

Genosse Kante: Weder hat Genosse Hamann zu wenig von all dem Positiven gesagt, was der Leipziger Parteitag geleistet hat. Die heutigen Fragen sind zwar grundsätzliche, sondern nicht politische. Unser Programm darf nicht hinter sein, es ist auch in seinem kritischen Teil bedingt durch die dialektische und realpolitische Betrachtung der gesamten Situation.

Frauen gehören. In Stoppenberg wurde ebenfalls eine Kommission gewählt, die, unterstützt von den demonstrierenden Männern und Frauen, dem Bürgermeister die Forderungen des 3er-Ausschusses mitzuteilen soll.

Aus Dortmund wird berichtet: Versammlungen zu veranstalten ist sehr schwierig, weil nur ein Lokal zur Verfügung steht. Die leitenden Genossen stehen der Frauenbewegung interessarlos gegenüber, was hemmend auf diese wirkt.

Die Bochumer Genossin berichtet, daß die Bewegung seit dem Zusammenschlag mit den Genossen zurückgegangen sei. Der vor längerer Zeit gewählte Kontrollausschuss muß wieder belebt werden.

In Düsseldorf ist der Kontrollausschuss von den Gewerkschaften gewählt worden, die „Kommunistin“ wird trotz der starken Preissteigerung in gleicher Auflage bezogen.

tion, die Genosse Trocki treffend gekennzeichnet hat mit den Worten: „Die Bourgeoisie ist nicht mehr fähig, allein zu regieren, das revolutionäre Proletariat ist noch nicht fähig, allein zu regieren.“ Die Übergangsforderungen „Einheitsfronttaktik und Arbeiterregierung“ sind Konzeptionen der demokratischen Illusionen der BSP-Arbeiter. Gerade weil wir wissen, daß die BSP-Führer die letzte Reserve und der linke Flügel der Bourgeoisie sind und weil wir wissen, daß die BSP-Arbeiter unseren Parolen noch nicht folgen, müssen wir in bestimmten Situationen uns mit den BSP-Führern allen Ernstes an einen Tisch setzen, mit ihnen verhandeln, also eingehen, um sie unter dem Druck der Massen zu zwingen, das gesamte Proletariat zum Kampf aufzurufen. Unsere Aufgabe ist es dann, wenn so die Massen einmal in Bewegung gekommen sind, die Aktion so weit als möglich vorwärts zu treiben, dafür zu sorgen, daß die Massen weiter gehen, als die BSP-Führer es wollen.

Genosse Monden für die kommunistische Jugend: Die BSP hat gezeigt, daß sie es verstanden hat, die Frage der Einheitsfront zu lösen. Sie hat mit den Führern der BSP verhandelt und erreicht, daß trotz der Sabotage der Führer gelang, an die Massen der Jugendlichen heranzutreten und unter ihren Einfluss zu gewinnen. Die Frage des Verhandlung mit den BSP-Führern muß nicht moralisch, sondern politisch gestellt und beantwortet werden.

Die in a l d - Goltzberg: Bei der knappen Redezeit konnte man keine Ausführungen, sondern nur Bemerkungen machen. Hamann sei inkompetent. Bei seiner Stellung zur Einheitsfront hätte er auch zur Ablehnung unserer Gewerkschaftstaktik kommen. Die demokratischen Illusionen der BSP Angehörigen werden überschätzt. Diese seien im Schwinden begriffen. Vorhanden ist noch Passivität, Bequemlichkeit und Furcht vor Kämpfen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen, dagegen beschließt der Parteitag, noch zwei Vertretern der Linke, die neben 7 anderen Genossen noch in der Redezeit stehen, das Wort zu erteilen, und zwar Tschald-Gleibitz und Franz Wiltgeersdorf.

Tschald-Gleibitz: Der Streit der Rechte und der Linke, sei ein Streit zwischen Theorie und Praxis. Theoretisch seien die auf dem Parteitag angenommenen Resolutionen vollkommen einwandfrei. Es fehle die Handhabe, um sie praktisch anzuwenden. Man müsse den Arbeitern im Betriebe zeigen, wie sie die Einheitsfronttaktik anzuwenden haben und was eine Arbeiterregierung sei. Wir müssen aktiver sein, damit werden wir die gesteckten Ziele erreichen und statt der auf dem Parteitag stehenden vier Formen der Arbeiterregierung eine wirkliche Arbeiterregierung bekommen.

Franz Wiltgeersdorf: Arbeiterregierung auf dem Boden des Parlamentarismus bedeutet Schwächung des Kampfwillens der Massen. Wir müssen uns weniger an die Führer, als an die Massen wenden. Die bei einer sich zierenden Situation schließlich die Naturkräfte siegen, so wird auch bei den Massen, trotz aller demokratischen Illusionen, der revolutionäre Wille zum Durchbruch kommen. Die BSP-Führer werden nur ein paar Stunden mit den Massen kämpfen. Redner führt die Notwendigkeit einer Arbeiterregierung als Beweis hierfür an. Um die Kämpfe um die Macht kommt die Arbeiterregierung nicht herum. Auch die Arbeiterregierung werde revolutionäre Kämpfe nach sich ziehen. Entweder soziale Revolution oder Reformismus.

Schlusswort Hamann: Die Diskussion hat bewiesen, daß auch auf der rechten die Ansichten über die Arbeiterregierung nicht einheitlich sind. Er habe nicht, wie Delmer sagt, gegen Windmühlen, sondern gegen vorhandene Gefahren gekämpft. Kegel habe danebengehauen, wenn er einen Widerspruch aus seinen Ausführungen über den Rapp-Putsch konstruieren wollte.

Redner wendet sich gegen eine inzwischen eingelaufene Resolution Kante bezug gegen den ersten Teil derselben.

Trotz der bestehenden Meinungsverschiedenheiten werden auch die Genossen der Linken sich mit aller Kraft für die Durchführung der Parteitagsschlüsse einsetzen.

Schlusswort des Genossen Schmidt-Berlin: Ich spreche mich für Annahme der Resolution aus. Es sei das Recht der Linken und der Rechten, für ihre Ansichten zu kämpfen, ebenso sei es aber auch das gute Recht des Parteitages, sich für die eine oder andere Auffassung zu entscheiden. Genosse Schmidt behauptet sich speziell mit den Ausführungen des Genossen Brandler. Es bestehe kein Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. Die Theorie stütze sich auf die Praxis. Beide befeuchten sich gegenseitig. Andere Resolutionen können andere Aufgaben in großen Rahmen umreißen, aber nicht den Genossen in allen Fällen ihre Taktik vorschreiben. Diese richtet sich nach den vorhandenen Situationen und örtlichen Verhältnissen und Kraftverhältnissen. Würde unsere Taktik nicht richtig sein, so würde sie durch den täglichen Kampf korrigiert werden.

Das Leben und der tägliche Kampf seien die besten Lehrmeister. Es gelte nun, mit aller Kraft sich für die Durchführung der Leipziger Beschlüsse einzusetzen.

Nach kurzer Debatte wird folgende Resolution angenommen, und zwar mit 66 gegen 24 Stimmen.

Resolution.
Der Bezirksparteitag schließt sich, im Gegensatz zu der Mehrheit der Delegation des Bezirks Schlesien auf dem Leipziger Parteitag, zu der politischen Auffassung der Mehrheit der Gesamtpartei. Die Frage der Einheitsfront sowie der Arbeiterregierung ist für die kommunistische Partei nicht nur eine Propagandaparole, sondern erklärt sich, teils als zwingende Notwendigkeit und teils als geschichtliche Möglichkeit, aus der gegebenen wirtschaftlichen und politischen Situation. Der Bezirksparteitag Schlesien erklärt sich daher mit den Beschlüssen des 4. Weltkongresses sowie des Leipziger Parteitages völlig einverstanden, und verpflichtet ihre Mitglieder, mit aller Kraft und Energie für die Durchführung Sorge zu tragen.

Die Genossin aus Hamm erklärt, daß dort schon im vorigen Jahre ein Kontrollausschuss bestanden habe. Frauen in den Genossenschaften arbeiten auch lebhaft. Kindergruppenabende werden veranstaltet, das Interesse hierfür ist sehr rege. Die Arbeit ist erschwert durch das Fehlen der Verbindung mit dem bezogenen Gebiet.

Massenuntergebungen für die kommunistische Partei

Janda wieder in verschiedenen Städten statt. Besonders eindrucksvoll gestaltete sich ein Massenprotest gegen den Hungerkrieg, den die Bourgeoisie gegen das Proletariat führt, in einer überfüllten Versammlung der K.P. in Bremen, wo Genosse Charpentier-Eberfeld sprach. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde der Kampf gegen jeden nationalen Krieg durch die revolutionäre Front des Gesamtproletariats gefordert, sowie der Sturz der Regierung Cuno, Bildung einer Arbeiterregierung, Entwaffnung der Ortschaft und aller sonstiger

Kopf verdrehen. Uns verbrechlicher ist es, daß sich SPD-Führer und Gewerkschaftsführer finden, die ihnen Gefolgschaft leisten und die Arbeiterschaft in einen nationalistischen Taumel zu treiben versuchen. Zum Glück hat die rheinische Arbeiterschaft selbst in einer großen Reihe von Kundgebungen erklärt, daß sie mit diesem Kummel nichts zu tun haben will, daß sie auch die nationalistiche Ruhrspende ablehnt und daß sie den schweren Kampf, den sie zu führen hat, nicht mit, sondern gegen die deutsche Bourgeoisie führen wird.

Wohl ist Poincare ein Kriegsverbrecher, wohl steht er durch sein frivoles Spiel Hunderttausende von Proletariern den größten Gefahren aus. Aber wenn der Militärstiefel Poincares heute das Ruhrrevier vertritt, so tut er nichts anderes, als was die deutschen Herr Jahre lang in Belgien und Frankreich getan haben, und wenn der Versailler Vertrag ein internationales Verbrechen ist, so wäre er nicht weniger hart ausgefallen, wenn das Kriegsglück dem deutschen Militarismus bis zuletzt hold geblieben wäre. Befreiung kann dem internationalen Proletariat nicht kommen, solange die politische Macht in den Händen der Bourgeoisie ist, einerlei, ob das die deutsche oder die französische Bourgeoisie ist. Der beste Teil des französischen Volkes hat der deutschen Arbeiterschaft die Hände gereicht und den Kampf gegen die imperialistische Regierung aufgenommen. Die deutsch Arbeiterschaft muß sich dessen würdig erzeigen, und den Kampf aufnehmen gegen Cuno und gegen Poincare. Arm in Arm mit dem französischen Bruder muß sie den gemeinsamen Feind, die internationalen Ausbeuter und Unterdrücker, besiegen.

Der Appell der Betriebsräte des Ruhrgebiets an die Arbeiterorganisationen der Welt.

Als die rheinisch-westfälischen Betriebsräte ihren Aufruf an die internationalen Arbeiterorganisationen richteten, war es das erste Mal, daß die Betriebsräte nicht nur über den Rahmen ihrer Tätigkeit im Betriebe, Kampf gegen den Unternehmer, sondern auch über den Rahmen der nationalen Politik hinausgehend, Schritte unternommen haben. Die Betriebsräte sind in Deutschland die am unmittelbarsten mit der Arbeiterschaft in Fühlung stehende Vertretung der Arbeiterinteressen. Sie spiegeln die Stimmung und Gedanken, die die Arbeiterschaft in jeder Situation beherrschen, am vollkommensten wieder. Es liegt deshalb eine besondere Bedeutung darin, weil der Aufruf zu einer internationalen Konferenz der Arbeiterorganisationen der Welt zwecks Bildung einer Abwehrfront diesmal nicht von einer politischen Partei, sondern eben von den Betriebsräten ausging. Das zeigt, wie in dieser schweren Zeit der Gedanke der internationalen Solidarität gegen die Herrschaft des Kapitals und die kapitalistische Kriegsgefahr innerhalb der Arbeiterschaft immer lebendiger wird.

Im Ruhrrevier hat die Arbeiterschaft die Notwendigkeit internationaler Solidarität in den verflochtenen Wochen der Ruhrbesetzung praktisch erlebt. Die Arbeiter Rheinland-Westfalens, sie werden von beiden Seiten einmal mit der Peitsche behandelt sowohl deutsche als französische Behörden verbieten Arbeitblätter, beschlagnahmen Flugblätter der Kommunisten, verhaften Arbeiterführer, das andere Mal mit Juderbrod von beiden Seiten wird verurteilt, durch Besetzung und demagogische Agitation die Arbeiterschaft zu korrumpieren und zu unterwerfen. Der rheinisch-westfälische Arbeiter weiß heute, was hinter diesem Schwindel steht. Er weiß, daß im Ruhrgebiet, soweit der Kampf sich zwischen der deutschen Bourgeoisie und der französischen abspielt, nur um den größeren Anteil der Ausbeutung des Proletariats gekämpft wird. Er weiß, welche schweren Gefahren ihn bedrohen in diesem Kampfe, auch bei einer Verständigung zwischen Coughart und Stinnes, und er kämpft dagegen.

Der Aufmarsch des französischen Militarismus neben dem Machtapparat des kapitalistischen Deutschland zeigt ihm aber auch, wie groß die Macht des internationalen Kapitalismus ist, und lernt handgreiflich die Notwendigkeit nicht nur eines Kampfes im Ruhrgebiet, sondern eines Kampfes der Arbeiter der ganzen Welt, mindestens aber zunächst eines gemeinsamen Kampfes der französischen, deutschen und englischen Arbeiterschaft.

Die Betriebsräte Rheinland-Westfalens haben die Initiative ergriffen für die Herstellung einer internationalen Kampffront des proletarischen Klassenkampfes. Europa steht wiederum am Rande einer neuen Katastrophe. Wie den Arbeiterorganisationen, die auch in dieser ersten Stunde den Aufruf der Betriebsräte ignorieren wollen. Sie tragen die Verantwortung für alle die Not und den Jammer, die die Arbeiterschaft treffen werden, wenn die Dinge so weiterlaufen, ohne daß die Arbeiterschaft in geschlossener Front eingreift. Es würde die Stunde kommen, wo sie mit Poincare, Stinnes und Cuno von der kriegenden Arbeiterklasse in einen Abgrund gestoßen würde.

Das Maximum internationaler Solidarität und Aktion zu erreichen, ist ein Gebot der Stunde und die Aufgabe des bevorstehenden internationalen Arbeiterkongresses.

Die kommunistische Frauenbewegung in Rheinland-Westfalen-Nord.

Auf der Frauenkonferenz am 25. Februar in Essen berichtete Genossin Bormann aus Essen, daß gleich nach der Belegung 11 Frauenversammlungen veranstaltet worden seien, die einen regen Besuch von indifferenten Frauen hatten. 14175 Mark für die Rote Hilfe und 4520 Mark für den Kampfzweck wurden gesammelt.

In verschiedenen Orten wie in Kottbus und Krag sind in den letzten Tagen Kontrollausschüsse gewählt worden, in denen auch indifferente und anders organisierte

tionerrvolutionären Organisationen, Befreiung unserer politischen Gefangenen und Schutz- und Trugbündnis mit Sowjetrußland. Mit dem begeistertsten Gesang der Internationalen schloß die Versammlung.

Einen glänzenden Verlauf nahmen auch unsere internationalen Versammlungen in Geyer und Annaberg in Sachsen. Trotzdem in Geyer noch keine Ortsgruppe unserer Partei besteht und die Faschisten vor dem Besuch der Versammlung gewarnt hatten, waren die Arbeiter massenhaft unserem Ruf gefolgt. Anstelle des verhinderten Genossen Smeral überbrachte ein anderer tschechischer Genosse die Grüße des tschechischen Proletariats. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde gelobt, dem Gewaltstreik Poincares durch verschärften Klassenkampf entgegenzutreten und der Parole gegen den äußeren Feind die Parole der Arbeiter gegen den inneren Feind entgegenzusetzen. Als erste Etappe mußte die Arbeiterregierung in Sachsen ohne Konzessionen nach links und rechts erkämpft werden.

Neue kommunistische Literatur.

Wochenausgabe der Inprelort.

Die soeben zum Versand gelangte Nummer 8 der Internationalen Pressekorrespondenz hat wieder einen äußerst reichhaltigen und lesenswerten Inhalt, der einen guten Überblick über die Lage in Deutschland, Frankreich, Italien, Oesterreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Polen usw. gibt. Der Genosse Sinowjew behandelt die Rolle der Sozialdemokratischen Partei Italiens gegenüber der kommunistischen Internationale. Genosse Radet den Feldzug Mussolinis gegen die italienischen Kommunisten. Genosse Sadaul gewährt uns in seinem Artikel „Paris wählt den Revolutionär Marty gegen Poincaré-le-Ruhr“, einen Überblick in den revolutionären Wandel der Ansichten, der sich in der französischen Arbeiterschaft, besonders aber in den Kreisen des französischen Kleinbürgertums, vollzieht. Briefe der Genossin Rubiner aus Sowjetrußland führen uns mitten hinein in die Tätigkeit des russischen Proletariats. Mehrere Artikel beschäftigen sich wieder mit dem imperialistischen Gewaltstreik Poincares im Ruhrgebiet, andere behandeln den Streik der französischen Bergarbeiter. Es würde zu weit führen, sämtliche Artikel aufzuzählen. Besonders aber soll noch auf die dieser Nummer der Wochenausgabe beigelegte Sonderung aufmerksam gemacht werden, die der russischen Roten Armee gewidmet ist.

Die Internationale Pressekorrespondenz ist jedem Parteigenossen zugänglich. Bestellungen sind zu richten an den Zentralverband der Inprelort. (Franz Dablen). Berlin SW. 48, Friedrichstraße 225. Der Abonnementpreis für Deutschland beträgt bis auf weiteres 2000 Mark monatlich.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Steigende Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie im Reich und in Schlefien.

Entlassungen und Verkürzung der Arbeitszeit breiten sich jetzt auch in der deutschen Textilindustrie immer weiter aus. Arbeiter im Dezember schon ein Viertel der Belegschaften (im Reichsbund) mit verkürzter Arbeitszeit, so war die Zahl der im Textilarbeiterverband organisierten Kurzarbeiter bis zum 30. Januar auf 161.901 gestiegen, die der völlig Arbeitslosen auf 20.246, nämlich erst vor wenigen Tagen 700.000. Da inzwischen in den Betrieben der Textilindustrie weitere Arbeitsminderungen vorgenommen worden sind, hat sich die Zahl der Arbeitslosen inzwischen bereits auf etwa das Doppelte erhöht.

80 Frauen und Mädchen gekündigt, nachdem sie schon vierzehn Tage nur 24 Stunden die Woche gearbeitet hatten — so und ähnliches melden die Zeitungen fast täglich. Und hinter diesen Zahlen steht täglich zunehmendes, namenloses Elend der Entlassenen und ihrer mit den Verdiensten unangewiesenen Angehörigen.

Wang besonders hart ist die Arbeitslosigkeit bei den Arbeiterinnen in der Textilindustrie. Im Vorkriegsjahr bezug wurde bis zu 100000 Arbeiterinnen in der Textilindustrie beschäftigt. In Lauban sind 3000 Arbeiterinnen und Frauen arbeitslos und der Verdienst sinkt. Die Arbeitslosen suchen bereits die Winternähe.

Warum das so ist? Weil die Industrien nicht genug produzieren können, weil sie lieber den Arbeiter...

reden, als sich einen Heller entgegen lassen. Dabei sucht eine Kapitalistengruppe die andere zu überdrehen. Die Spinnereibetriebe lassen das restlos noch reichlich vorhandene Rohmaterial liegen und schränken für einige Zeit den Betrieb ein, damit die Garnpreise in die Höhe treiben und sie dann — da sie mit unvorstellbar billigen eingekauften Rohmaterial arbeiten — um so höhere Gewinne einfischen. Die Webereibetriebe und die Fertigungsfabriken legen ihrerseits einen Teil der Maschinen still, da sie seit langem auf Lager gehaltene und inselgedessen ebenfalls im Preise gesunkene Waren absetzen haben. Den Großhändlern tauschen sie die Unmöglichkeit der Lieferung zur vereinbarten Frist vor, um bei späterer Lieferung entsprechenden Gewinn herauszubringen. Der Händler und der letzte Verkäufer, der Kaufmann, nehmen dem Käufer, dem Proleten, dann schließlich eine Summe ab, die zu dem Herstellungspreis des Mantels oder Anzugs in gar keinem Verhältnis mehr stehen. Das alles auf Kosten des Arbeiters.

Der Arbeiter ist sowohl als Verkäufer seiner Arbeitskraft, wie als Käufer der Waren der Geschöpfe. Darum ist Kontrolle der Produktion heute immer dringender notwendig. Die Textilarbeiter und Arbeiterinnen müssen ebenso wie die übrige Arbeiterschaft in ihren Betrieben gegen alle Entlassungen kämpfen. Dazu ist notwendig, eine genaue Kenntnis der Lage, Einsicht in die Bücher, Kontrolle der Vorräte, der Auftragsgänge, der Ablieferungen, der Verteilung der Arbeitskräfte. Die Betriebsräte haben große praktische Aufgaben vor sich. Darum, Textilarbeiter, wählt bei den kommenden Betriebsratswahlen nur solche Vertreter, die diese Aufgaben anzupacken und durchzuführen entschlossen sind!

Breslau.

Solales.

Die rote Armee ist der Schutz der Unterdrückten. Die rote Armee ist das Schwert der Rebellen.

Diese Worte, die in die Herzen der Proletarier aller Länder eingegraben sind, machte Genosse Delsner in der Veranstaltung am Sonnabendabend im Schieferwerder, über die wir bereits gestern berichteten, zum Mittelpunkt seiner Ausführungen. Genosse Delsner wies darauf hin, daß die deutsche nationale Spießer sehr gern sehen würden, wenn die rote Armee in Deutschland einmarschieren würde um der Cuno-Regierung zu helfen. Jeder Tropfen Blut eines Kolonialisten sei aber zu schade, um ihn der Cuno-Regierung und Stinnes-Deutschland zu opfern. Das deutsche Proletariat muß selbst den Kampf gegen Stinnes führen, und sich, dem Beispiel Sowjetrußlands folgend, von den in- und ausländischen Imperialisten befreien und seine eigene Armee schaffen. Genosse Delsner entrollte ein Bild von der titanischen Aufbauarbeit die in Sowjetrußland innerhalb 5 Jahren geleistet wurde. Er schilderte ferner die rote Armee und ihre Einrichtungen. Jede Fabrik in Rußland habe ihr Regiment zu seinem Schutz, und Arbeiterdelegierte marschieren an der Spitze der Regimenter. Genosse Delsner entwarf ferner ein Bild von der gewaltigen Parade der roten Armee anlässlich des internationalen Kongresses. Man müsse das Meer von Menschen gesehen haben, um zu beurteilen, mit welcher Liebe das russische Proletariat an der roten Armee hänge. Die Menschheiten behaupten, der Wahrheit zuwider, die Arbeiter seien zu dieser Rundgebung kommandiert worden. Wer aber Zeuge des ungeheuren Jubels gewesen ist, mit der ganz Moskau die rote Armee begrüßt habe, der wisse, daß solcher Enthusiasmus sich nicht kommandieren lasse, sondern Zeugnis ablegt für die heilige Begeisterung, von der das russische Proletariat erfüllt sei. Genosse Delsner schloß seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit einem Appell an die Anwesenden, den deutschen Kapitalismus zu stürzen und Schulter an Schulter mit dem russischen Proletariat zu kämpfen.

Dem Vortrag folgte die Aufführung des Filmes „Fünf Jahre Sowjetrußland“. Dieser Film ist kein Produkt erfindlicher Filmarchitekten und Filmregisseure. Die Städte, die wir sehen, sind nicht Filmstädte a la Woltersdorf, und die Massen, die aufmarschieren, sind keine Statisten, sondern Menschen der Arbeit. Diese Massen bewegen sich, quellen und schweilen an, wie die Wogen eines breiten, mächtigen Stroms. Wir sehen, wie die rote Armee marschiert, zu Pferd und zu Fuß, in Moskau und Petersburg, wir sehen ein Meer von Menschen auf den monumentalen Höhen und Quadraten aufriehlenden Plätzen.

Der Film rollt ferner packende Bilder von 4 Weltkongressen vor uns auf. Wir sehen die Delegierten der Proletarier aller Länder, aus Deutschland, Frankreich, England, Italien, wir sehen Europäer, Afrikaner, Japaner.

Klara Zetkin, Drogist, Radetz und andere Vorkämpfer des Proletariats stehen vor uns, von Massen der Zuhörer umringt und bejubelt. Und immer wieder ertönt jubelnder Beifall

der Anwesenden, wenn der Film die Vorkämpfer, die Helde des internationalen Proletariats, zeigt. Ein unmittelbarer Kontakt ist vorhanden zwischen den Bildern des Films und der Kopf an Kopf gedrängten Menge im Saal. Es ist eine Gemeinde ein Ziel und ein Wille.

Als das letzte Bild abgerollt, singt die Versammlung die Internationale und bringt ein begeistertes Hoch auf die rote Armee aus. Auch die SPD-Arbeiter stimmen darin ein. Denn sie wissen, die rote Armee ist nicht das, was die SPD-Führer ihnen vorlegen, sie ist kein Mittel des Imperialismus, keine dem Sozialismus nachgeahmte Institution. Was in die gelehrten Köpfe der sozialistischen Führer der SPD nicht hineingeht, die Arbeiter wissen und fühlen es.

Die rote Armee ist der Schutz der Unterdrückten. Die rote Armee ist das Schwert der Rebellen.

Berein der Freiberger für Feuerbestattung G. B.

Am 28. Februar hielt der B. d. F. F. mit seinem Hauptstift in Berlin und Ortsgruppen in allen Städten des Reiches seine erste Versammlung in Breslau im Gewerkschaftshaus ab. Obwohl die Vorbereitungen nicht so getroffen werden konnten, wie es wünschenswert gewesen wäre, war der Raum viel zu klein, um all die Erscheinenden zu fassen. Zahlstellersleiter Genosse Hänich eröffnete die Versammlung um 7,15 Uhr, begrüßte die Erscheinenden und erteilte dem Genossen D. Sp. u. t. Gannau das Wort zu einem Vortrage über: Rechte und Pflichten im Verein der Freiberger für Feuerbestattung. In kurzen Zügen gab er einen Überblick über Zweck und Ziele des Vereins. Mitglied kann jede Person werden, die das 6. Lebensjahr vollendet hat und den Austritt aus der Bundeskirche vollzieht. Bestores ist die einzige größere Forderung, die der Verein stellt. Hierin müssen wir konsequent sein. Jeder einjähriger Mitgliedschaft löst sich die Bestattung. Im weiteren ging er auch auf die Kosten der Einäschung näher ein und wies an Hand einer Statistik die steigende Aufwärtsbewegung auch hier nach. Zurzeit sind die Selbstkosten des Vereins 185.000 Mk. für eine Einäschung. Mit der Aufforderung an alle Anwesenden, dem Verein beizutreten, schloß er seine überzeugenden Darlegungen. Zu der darauf einsetzenden Diskussion wurden die zahlreich gestellten Fragen beantwortet und aus der Versammlung heraus bedauert, daß nicht schon lange eine derartige Bewegung hier an Dete Fuß gefaßt habe. Der B. d. F. F. ist der stärkste Feuerbestattungsverein. Er zählt zurzeit 305.000 Mitglieder. Dies haben die Anwesenden auch erkannt, denn bei der Aufnahme von Mitgliedern wurden uns die Eintrittsbedingungen förmlich aus den Händen gerissen, viele mußten, ohne solche erhalten zu haben, nach Hause gehen. Mit der gestrigen Versammlung hat also der Verein hier festen Fuß gefaßt und wir haben die Pflicht, die Bewegung zur Massenbewegung zu machen. Alle, die heute noch Gewehr bei Fuß stehen, müssen morgen schon mit uns marschieren. Kampftruf aber seien uns Friedrich Klaffens treffliche Worte aus dem Antifilmsabuss:

Fort mit allen Kumpellammern voller Schutt und Moderduft, Menschheit, lade deine Schwinger in der frischen Morgenluft! Du bleibe nicht, daß eine Stunde unbegrüßt vorübergeht; Gehe sie die goldenen Saaten auch in deine Brust gefaßt; Du bleibe nicht, daß die Minuten unverstanden weitertriff; Gehe sie ihren Hoheitsstempel auf die Steine dir gedrückt! Du bleibe nicht, daß deiner Kinder unverdorbenen Geisteskraft, Ferner vorerhalten bleibe die moderne Wissenschaft! Litz ein Pfäfflein dir entgegen mit Kapuze und Tonjur, Singend seinen Wibelgesang — fang du Palmen der Natur. Schlägt er mit dem Kreuzstige, mit Konzil und Krummstab drein, Um dich wieder zu bekehren zu den alten Aitanein — Dann mit Teleskop und Spektrom demontier den armen Nicht, Über schleudre ihm der Kreuzstige Witz und Dampf ins „Angeht.“

Vorwärts und aufwärts! Gustav Hänich, gehalten Interessenten beim Zahlstellersleiter G. Hänich, Auguststr. 10.

Kommunistische Kinderbegehungen. Vor ungefähr zwei Wochen regte sich ein Spießer in der „Schlesischen Zeitung“ über unsere Reichsschulkampfwochen auf. Diesem Herrn war es scheinbar in die Krone gefahren, daß ihm eine solche Föhre, und dazu noch auf offener Straße, eines solcher „Heßblätter“ anbot. Daß er in seinem zühigen Spießerleben gestört wurde, ist ja natürlich, und er fragt in seinem Schreiben, ob der kommunistischen Kindergruppe das Zimmer in der Minoritenstraße in Zukunft noch überlassen wird. Wir sind es ja als kommunistische Kindergruppe gewöhnt, von Spießern angepöbelt zu werden. Aber das wird uns nicht hindern, sondern gerade dadurch, daß es in den bürgerlichen Zeitungen an erster Stelle steht, werden ihre Vesen daran erinnert, daß noch eine kommunistische Kindergruppe besteht. Maria W. (12 Jahre) Mitglied der KKG.

Zeugen gesucht! Wir werden gebeten, mitzuteilen, daß die Witwe Speer ein Wiederannahmeverfahren wegen fahrlässiger Tötung ihres Sohnes anstrengen will. Alle Bezeugen, welche am

Aus dem Ruhrrevier.

„Saltet durch!“

Nach einer W.B.B.-Meldung haben sich im Ruhrrevier die Preise der wichtigsten Lebensmittel zwischen dem 1. Januar und dem 25. Februar verdreifacht, die Preise für Fett verdreifacht und für Fleisch verdreifacht.

Die amtliche Agentur hat vergessen, die Preissteigerungen für Kohle und Eisen anzugeben, und verschweigt fahrgelassen die Steigerung der Löhne. Sie hat außerdem noch verschaffen, zu sagen, mit wieviel Milliarden die Ophindustrialen unterstützt werden, die den Blüdenungszug gegen das Proletariat inszenieren und durchführen.

Die Ruhrspende soll nur verwendet werden für die, die sich gesundmachen.

Eine Frau, der der Mann durchgegangen ist, und die ein krankes Kind hat, wollte eine Zuwendung aus der Ruhrspende erhalten. Man verwies sie an den Pfarrer, der die Verteilung besorgt. Der Pfarrer erklärte, solche Zuwendungen kämen höchstens für Witwen mit vier Kindern in Betracht. Eine andere Familie mit zwei verkrüppelten Kindern wurde abgewiesen, der Mann ist Dissident.

Die Ruhrspende kommt für solche Leute nicht in Betracht. Fragt die Unternehmer, ob ihre Betriebe wirtschaftlich bedroht sind. Sowie sie sagen: Ja! — wird ihnen die Ruhrspende zur Wohnauszahlung gegeben.

Geschäft ist Geschäft, und Polizist ist Polizist.

Im Ruhrortener Hafen wird bei der Firma Maschinenfabrik Binemann ein fest französischer Dampfer repariert. Als die Reparatur fertig ist, werden die Maschinen von Streikbrechern probiert. Ein streikender Kollege will die Streikbrecher von ihrem Tun abbringen. Ein französischer Kriminalpolizist schießt auf den Schiffer aus seinem Browning.

Binemann, der patriotische deutsche Unternehmer macht Arbeit für den „Erbschind“, und die Polizisten des „Erbschind“ schießen die deutschen Arbeiter nieder, welche ihre Kollegen abbringen wollen vom Arbeiten, und zwar wahrscheinlich deshalb, weil sie, wenn sie Klassenbewußt sind, unter den Dajonetten der Franzosen nicht arbeiten wollen, oder aber, wenn sie irreführt sind, weil sie es für „unaterländisch“ halten, jetzt zu arbeiten. Dieses keine Bortommans zeigt sehr gut was es mit dem „Patriotismus“ auf sich hat, und wie

der Imperialismus überall die gleichen Methoden anwendet, des Schickens auf die Arbeiter.

Die Soldateska plündert schon.

Die bürgerliche Presse füllt ihre Spalten an mit Dreuelmeldungen über die Plünderungen, die die französischen Soldaten im besetzten Gebiet verüben. Dieselbe Presse hat es während des Krieges vergessen zu erzählen, wie die deutschen Offiziere in Belgien und Frankreich durch die Soldaten haben systematisch die Wohnungen ausräumen lassen. Wenn jetzt im Ruhrrevier die französischen Soldaten einzelne Leute ausplündern, so ist das eine Zerlegungsercheinung oder aber es sind Gesesse von Lumpen, die in Uniformen gesteckt sind. Daraus ein besonderes patriotisches Geheul zu machen, wäre lächerlich, wenn es nicht zu dem Zweck geschähe, nationalistische Vergiftung in die Volksmassen zu bringen.

Aber die Arbeitszeit wird verkürzt.

Auf der Herdfabrik Phönix in Oberhausen wird vom 26. Februar ab nur noch sechs Stunden gearbeitet, und der Lohn, welcher ausfällt, zu Zweidritteln aus der Ruhrhilfe bezahlt. Das ist wenigstens eine Verwendung, bei der der Unternehmer fett werden.

Geh' auf Urlaub, wenn's dem Unternehmer paßt.

Bei der Guten-Hoffnungshütte schießt man die Belegschaften jetzt betriebsweise in Urlaub. Wenn sie dann im Sommer Urlaub haben wollen und die Konjunktur ist gut, werden sie keinen bekommen. Auch eine Art von Ruhrhilfe: Schlud Kohlenstaub und laß dich am Ofen rösten, damit der Unternehmer seine Preise in die Höhe schrauben kann, und wenn's dem Kerl paßt, die Produktion zu unterbrechen, dann geht in Urlaub und guck dir in der schönen Natur die Wasserpfützen an, vorausgesetzt, daß du ganze Socken unter den Stiefeln hast.

Die „Kölnische Zeitung“ schüßt die Gewerkschaftsbongen.

Sie Reden, die Herr Edo Tim men in Deutschland verpaidt hat, haben nicht nur den Gewerkschaftsbongen nicht gefallen, sondern auch der „Kölnischen Zeitung“, welche die Gewerkschaftsbongen in Schutz nimmt und mit Bergzügen und Zustimmung abdruckt, was der gelbe Herr Striemer im „Korrespondenzblatt“ gegen den Sekretär der (schen Sie, bitte, nicht!) Internationale von Ansherdam geschrieben hat. Auf die Art ist wenigstens klar, daß die nationale Einheitsfront eine reale Sache ist: Striemer, Wels, Stinnes, die „Kölnische Zeitung“, die Wasserblätter und der „Sittamsseiger“. Dazu Knäpfflung, Breitshew, Graf Westarp — eine ganz gute Kumpant!

Der Zweifbruch-Abend.

Im städt. Jugendheim werden auf Veranstaltung der... (Text ist teilweise unlesbar)

Wie erquidend und wie labend Ist doch so ein Zweifbruchabend. Wenn belehrend auf die Geister Wirkt der Oberbürgermeister! Weil der Stadt fehlt'n die Moneten. Ist sie jetzt in argen Notien. Hin und her wird debattiert. Wie die Schulden man rangiert. Und manch schlauer Kopf rufft da Schnell dazwischen: (Heureka!) Man soll alle Volksschulklassen Durch die Kinder rein gen lassen. Treppenscheuern, Fensterputzen. Dient den Kindern nur zum Nutzen. Kolossal ist's, was man da Spart bei'n nächsten Schulrat. Und zu was, in Zeusels Namen, Sihen in Büros denn Damen? Man mach's hier wie dort genau. Und erpar' die Aufräumfrau! Häuslichkeit lernt jede dann. Und kriegt schließlich doch nen Mama. Auch pugt Nina oder Erine Selbst sich ihre Schreibmaschine. Dana, zu was, fragt euch mal, Kinder. Brauchen wir Vatern anzunder? Anfre Jugend machd das beiter. Durgewandt, auch ohne Keiter. Und bei jeger Zeiten Lauf Jedem geht ein Bild bald auf. Dafür sorgt, fontel er fama. H e r s c h e l s o n n, der Zentrumsmann. Denn das Zentrum, das ist klar, Steht nur für Erleuchtung war. Darum kann es gar nicht fehlen, Gh wir noch zwei Jährchen zählen. Schütter Breslau, ei der Daus. Gar ne Dividende aus. Das verdankt der Bürgermann Nur dem Z w e i f b r u c h a b e n d b u n n!

Bigluis.

Heureka: Ich hab's.

